



**global news 3538 16-11-16: Zum Protestpotenzial der Abgehängten und Unzufriedenen in Deutschland**



Sehr viele Menschen, wenn nicht schon Mehrheiten in den meisten fortgeschrittenen Industrieländern fühlen sich Entwicklungen ausgeliefert, die sie nicht mehr oder jedenfalls weit weniger als früher beeinflussen können. Trotz harter Arbeit, nicht selten bis zur Erschöpfung, klappt der soziale Aufstieg nicht oder droht sogar Abstieg, in Deutschland oft bis auf Hartz IV-Niveau und später Altersarmut, vor der nun selbst die Bundesregierung warnt, als hätte sie damit nichts zu tun.

So ist in Deutschland Hartz IV längst keine Randerscheinung mehr, sondern ein Massenphänomen. **Rund zehn Millionen Erwachsene und mehr als vier Millionen Kinder haben nach Auskunft der Bundesregierung seit der Einführung im Jahr 2005 zumindest einmal**

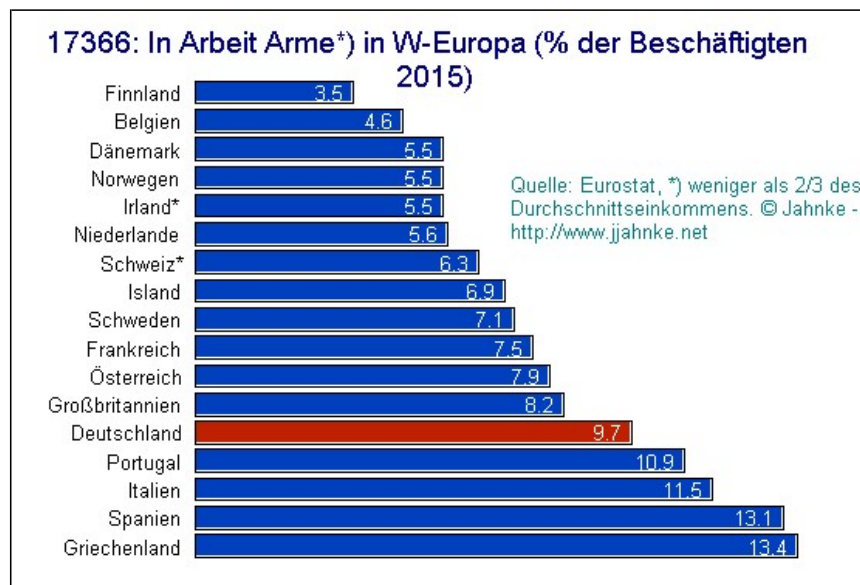
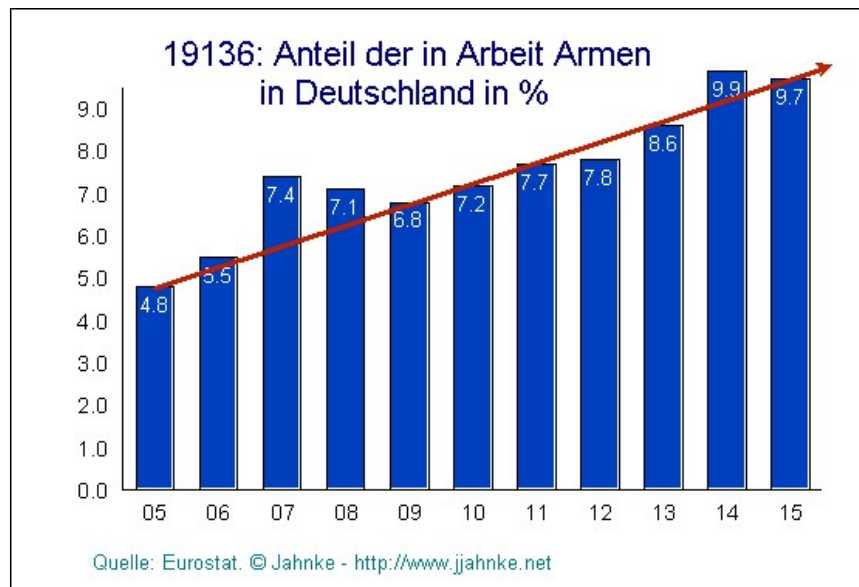
**Hartz-IV-Leistungen bezogen.** Das entspricht der Einwohnerzahl von Bayern und Hamburg zusammen. Aktuell beziehen 5,9 Millionen Menschen Hartz IV. Seit 2011 steigt sogar die Zahl der Menschen, die erstmals neu Hartz-IV-Leistungen beziehen - zuvor war sie Jahr für Jahr gesunken. 2015 erhielten 785.000 Menschen zum ersten Mal Hartz IV. Zudem sinkt die Zahl derer kaum, die Hartz IV dauerhaft beziehen. Trotz verstärkter Vermittlungsbemühungen der Jobcenter ging sie bundesweit von Dezember 2014 bis Dezember 2015 lediglich um 0,8 Prozent auf 2,6 Millionen zurück.

Und der Architekt der Schröder'schen Agendapolitik, die die Hartzgesetze brachte, wird jetzt Bundespräsident, angeblich auch um einem Trumpf-Effekt auf Deutschland entgegenzuwirken - was für eine Illusion der Regierungseliten.



Auch die **in Arbeit Armen**, die trotz Beschäftigung arm bleiben, werden immer zahlreicher, wozu der wachsender Niedriglohnsektor und die Spaltung der Arbeitsmärkte in reguläre und atypische Beschäftigungsformen beiträgt. Seit 2005 ist in Deutschland der Anteil dieser Menschen an allen Beschäftigten von 4,8 % auf 9,7 % hochgeschossen, mehr als eine

Verdoppelung (Abb. 19136). Im Westeuropavergleich wird Deutschland nur noch von den Krisenländern Griechenland, Spanien, Italien und Portugal übertroffen (Abb. 17366) - ein unglaubliches soziales Armutszeugnis für ein Land, dessen Regierung immer noch die "Soziale Marktwirtschaft" als besonderes Aushängeschild hochhält und das Merkel'sche "sozial ist, was Arbeit schafft" deklamiert.



Die Politik bietet keine überzeugenden Lösungen mehr an. Die Vertreter der etablierten Parteien gehören längst zu den entrückten Eliten des Landes. Sie schieben ihre Verantwortung immer mehr und immer weiter auf fremde Institutionen ab, mit immer mehr für viele Menschen schwer verständlichen Abkürzungen, wie WTO, EZB, Untergremien der EU und neuerdings angestrebte internationale Abkommen, wie TTIP oder CETA. Lösungen, die wirklich und nachhaltig Hoffnung erzeugen könnten, bieten sie jedenfalls kaum noch an.

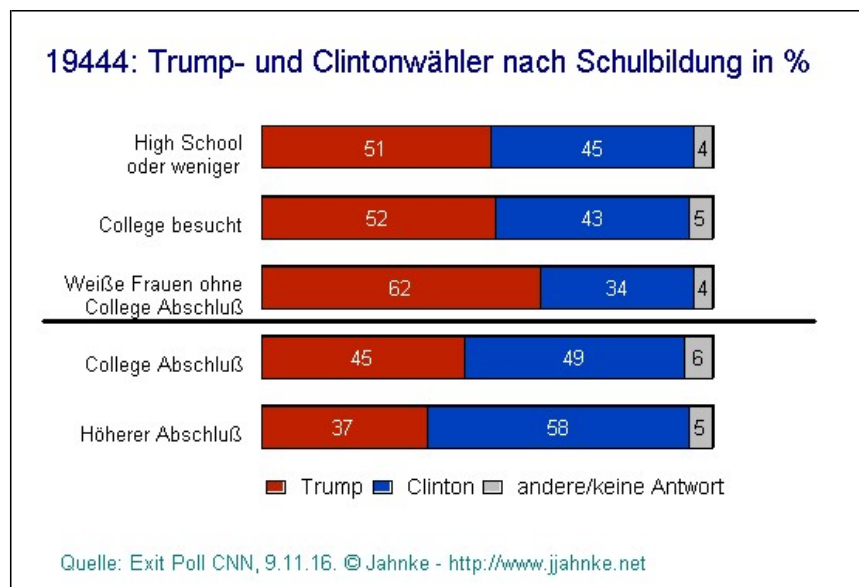
In Deutschland fühlen sich so immer mehr Menschen einfach fremdbestimmt und schutzlos alleingelassen. Das gilt vor allem für drei wichtige Bereiche. An erster Stelle steht neuerdings der Zuzug der Migranten. Über den will die Bundeskanzlerin weiter ziemlich allein und ohne Rücksicht auf die eindeutige öffentliche Meinung entscheiden und dabei jede Begrenzung ablehnen, auch wenn Migranten in so enormer Zahl zu einer starken Konkurrenz für den geringer qualifizierten Teil der einheimischen Bevölkerung um Arbeitsplätze, bezahlbaren Wohnraum und Sozialleistungen werden müssen.

Das gilt zweitens für den Sparerzins, mit dem die EZB ihr böses Spiel treibt und dabei zu Lasten der deutschen Sparer andere Euroländer mit Geldern versorgt, obwohl den Deutschen bei Einführung des Euro von Kohl versprochen worden war, daß der Euro nicht zu einem Einstehen für die Schulden anderer Länder führen würde.

Es gilt aber auch drittens für den globalisierten Wettbewerb mit Niedrigstlohnländern oft ohne Gewerkschaftsschutz und Streikrecht, der bei uns die Löhne drückt und zu Verlagerung von Arbeitsplätzen führt. Dabei ist das Bedürfnis der Menschen nach handelspolitischem Schutz vor unfairem Wettbewerb ein ganz natürlicher Anspruch an jeden Staat und nicht eine protektionistische Verirrung.

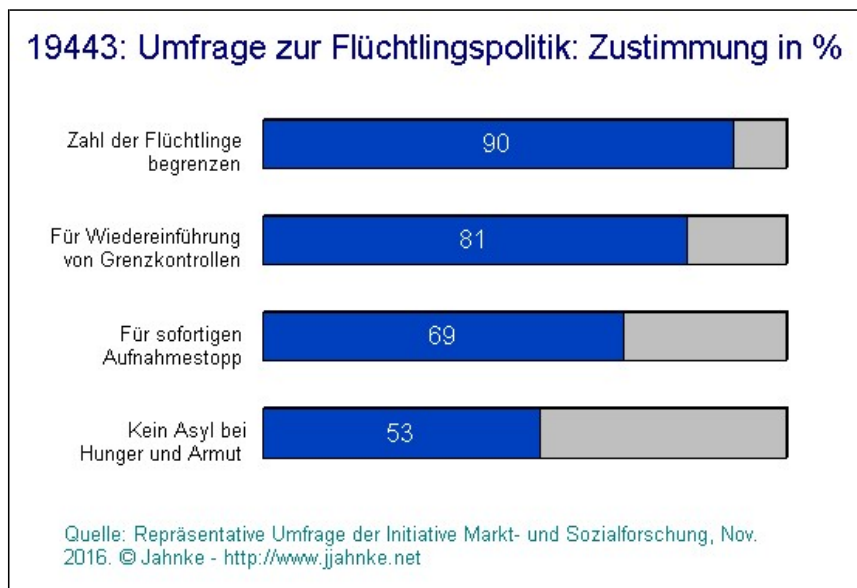
Je niedriger das Bildungsniveau, umso hilfloser fühlen sich die Menschen und umso eher neigen sie zum Aufstand gegen die Eliten des Landes. Das hat

sich schon beim Brexit gezeigt und jetzt wieder beim Wahlerfolg von Trump. Den Exit Polls zufolge hatten die Trumpwähler ein deutlich niedrigeres Bildungsniveau als die von Clinton (Abb. 19444). In Deutschland zeigten zuletzt Analysen bei den Landtagswahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, dass die AfD besonders viele Stimmen von weniger gut gebildeten Wählern bekam.



In den meisten entwickelten Industrieländern haben sich über die letzten Jahre am rechtsnationalen Rand neue Parteien gebildet oder haben ältere neuen Auftrieb bekommen. Es sind Parteien, die sich dieser Sorgen der Menschen annehmen oder anzunehmen vorgeben. Das kanalisiert den Protest und macht ihn über die Wahlurnen noch weit wirksamer. Er wird auch durch viele Meinungsumfragen gespeist, die den Unzufriedenen ihre Einsamkeit nehmen und ihnen zeigen, daß sie in einigen der gesellschaftlichen Konflikte eigentlich Mehrheiten sind. Zudem tauchen in der Öffentlichkeit immer mehr amtliche Statistiken auf, die den allgemeinen sozialen Abstieg und den sich immer breiter öffnenden sozialen Graben dokumentieren und auch damit den Betroffenen ihre Einsamkeit nehmen und das persönliche Schicksal so zu einem gesellschaftlichen machen.

In Deutschland trifft die Wirkung von solchen Umfragen besonders auf den Umgang mit der Migration von Ausländern, vor allem den immer zahlreicher werdenden Wirtschaftsflüchtlingen zu. Wenn nach einer neuen Umfrage 90 % der befragten Menschen der Meinung sind, daß die Zahl der pro Jahr aufgenommenen Flüchtlinge begrenzt werden solle (Abb. 19443), die Bundeskanzlerin das aber immer wieder ablehnt, steigert sich die Kritik der Menschen an dieser Elitenpolitik gegen die klare Mehrheitsmeinung oft bis zur Wut.



Regierungsfromme Medien in Deutschland geben sich derzeit alle Mühe, die Unterschiede zwischen den USA und Deutschland herauszuarbeiten, um einen befürchteten Trumpeffekt auf Deutschland einzugrenzen.





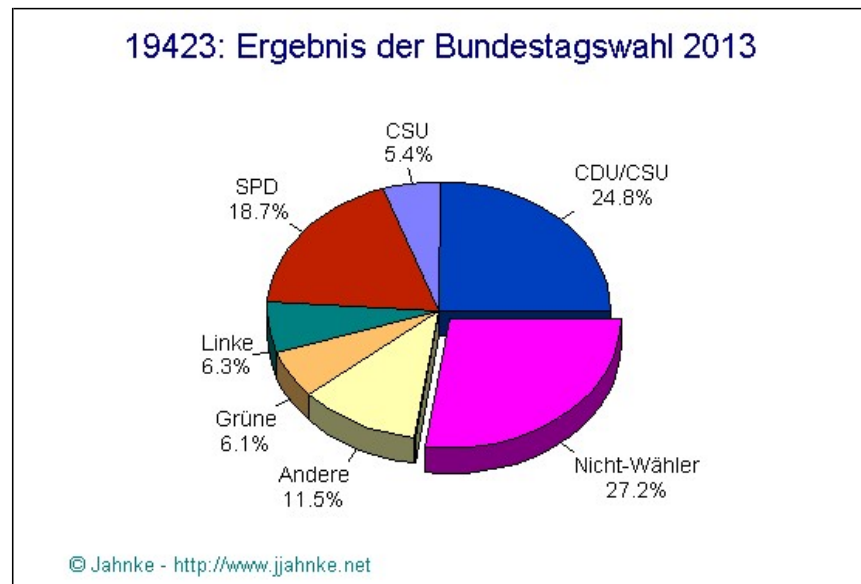
*"Die schweigende Mehrheit" unterstützt Trump*

So schreibt die Süddeutsche Zeitung:

*"Der Staat, zumal die Bundesebene, hat in Deutschland viel mehr Bedeutung als in den USA. Die Gesellschaft hierzulande ist sozial, ethnisch und religiös noch immer weitaus homogener; daran ändern auch einige Hunderttausend muslimische Flüchtlinge nichts. Das Establishment in Washington lässt sich mit der politischen Klasse in Berlin schon wegen der unterschiedlichen Macht des Geldes nicht vergleichen."*

Das ist leider ziemlich realitätsfern. Die Bundesregierung hat sicher nicht mehr Macht als die der USA. Jedenfalls hat sie ihre Macht nicht eingesetzt, um eine Zersplitterung der Gesellschaft zu verhindern. Längst ist auch die deutsche Gesellschaft sozial ähnlich zerrissen wie die amerikanische. Und weit über eine Million Zuwanderer im vergangenen und diesem Jahr haben auch die ethnischen und religiösen Strukturen noch stärker polarisiert. Dabei haben die Zuwanderer nach Deutschland der letzten Jahrzehnte mehrheitlich nicht versucht, durch aktive Integration zu "guten Deutschen" zu werden, wie das in USA entsprechend immer noch üblich ist und dort bis zum Hissen der amerikanischen Flagge geht. Schließlich ist die Macht des Geldes durchaus

auch in Berlin zu Hause. Das Potenzial zum Protest sollte daher auch für Deutschland nicht unterschätzt werden. Schon wenn die bisherigen Nichtwähler, die noch vor der CDU die stärkste Wählergruppe stellten (Abb. 19423), mit Wut an die Wahlurnen zurückkehren sollten, hätte das einen enormen Einfluß auf die politische Lage.



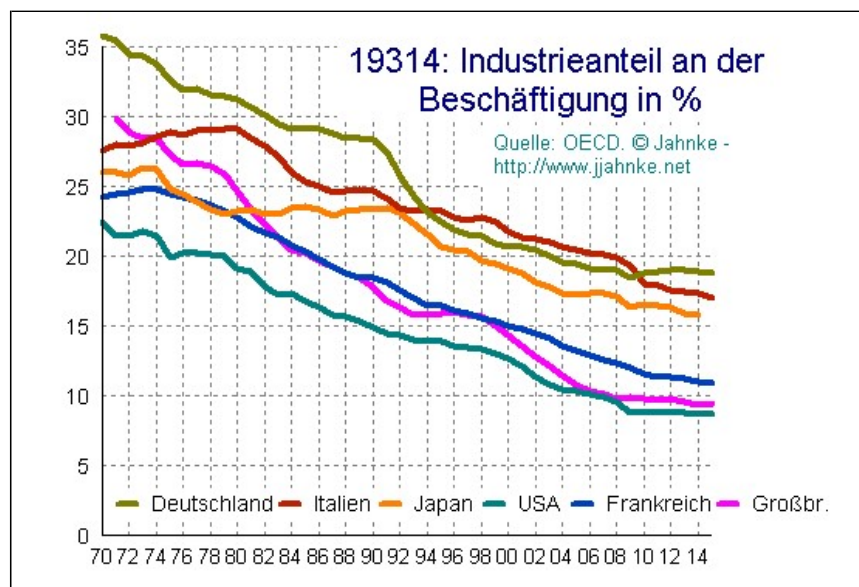
Tatsächlich glauben nach einer repräsentativen Emnid-Erhebung für die "Bild am Sonntag" zwei Drittel, daß die deutschen Spitzenpolitiker die Sorgen der Bevölkerung nicht ernst genug nehmen. 44 % der Befragten sind sogar der Ansicht, daß ein Populist wie der designierte US-Präsident Donald Trump auch in Deutschland Erfolg haben könnte.

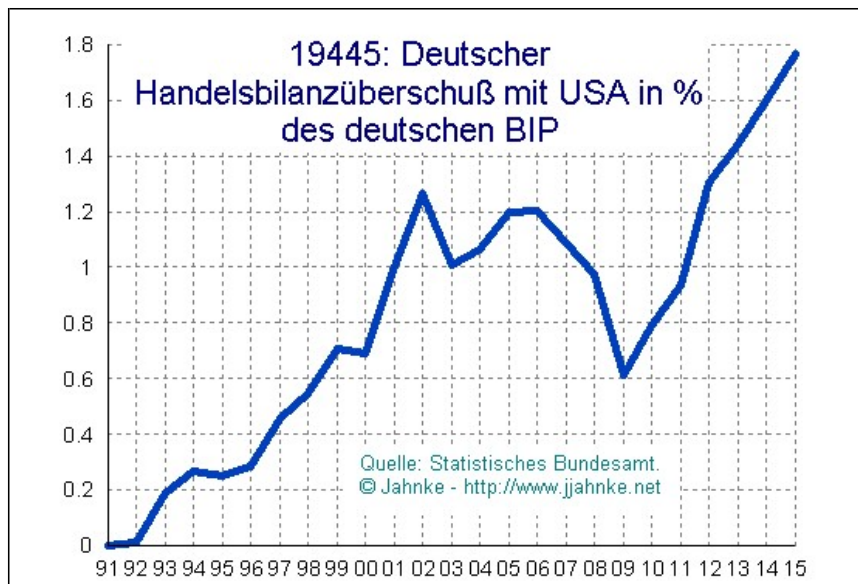
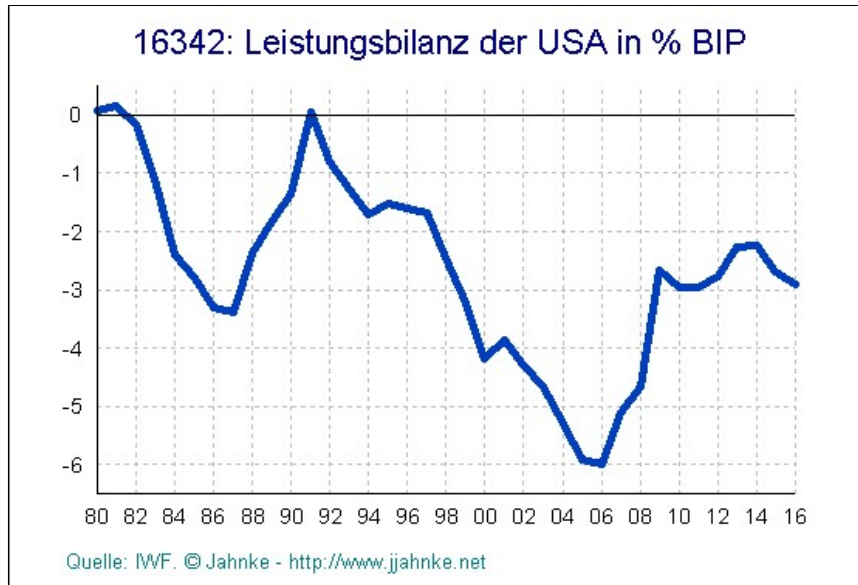
\* \* \* \* \*

Nun muß man sich schließlich noch vorstellen, was passiert, wenn Trump anfangen wird, wie seinen Wählern versprochen wieder mehr Arbeitsplätze in der amerikanischen Industrie zu schaffen, wo sie in den vergangenen Jahren stärker als anderswo zurückgegangen sind (Abb. 19314), und wenn er dafür das hohe Leistungsbilanzdefizit mit dem Ausland von derzeit 3 % des BIP abbauen wird (Abb. 16342). 3 % gemessen an der riesigen amerikanischen Wirtschaftsleistung ist ein enormer Faktor für die Weltwirtschaft. Da die

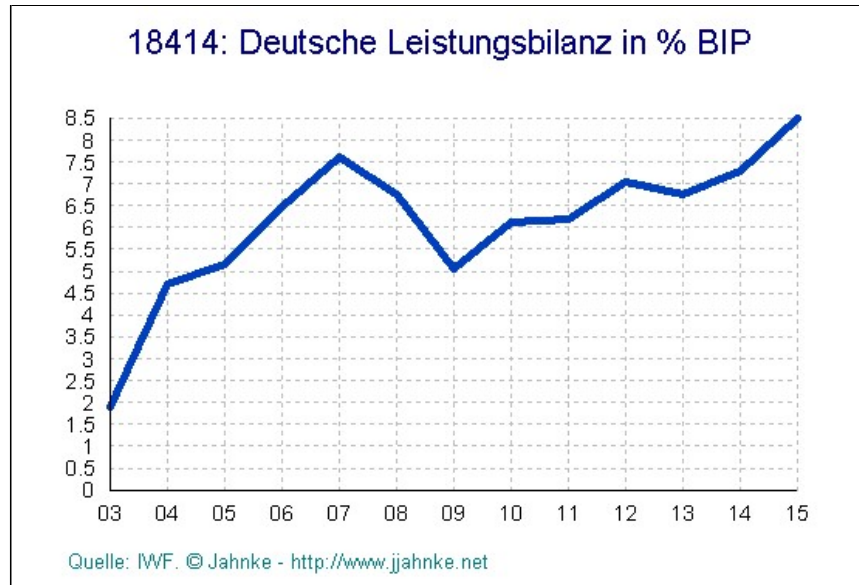


Zinsen und in der Folge der Dollarkurs durch die vorgesehenen riesigen Infrastrukturausgaben hochgetrieben werden dürften, wird es kaum möglich sein, über einen schwachen Dollar gleichzeitig die Importe zu bremsen und so das Leistungsbilanzdefizit zu senken. Trump wird daher zu protektionistischen Maßnahmen greifen müssen, um dennoch sein Ziel zu erreichen. Wegen der hohen deutschen Überschüsse mit den USA (derzeit 1,8 % des deutschen BIP, Abb. 19445) wäre dann Deutschlands Export nach USA einer der Hauptleidtragenden. Vor allem wird Trump die Importe aus China mit Antidumping-Strafzöllen erheblich begrenzen und damit China die Möglichkeit nehmen, wie bisher mit den in USA verdienten Dollars in Deutschland, aber auch in anderen Ländern einzukaufen. Wieder wäre vor allem der deutsche Export betroffen.





Das extrem exportabhängige Deutschland wird besonders betroffen sein. Fast 9 % der jährlichen Wirtschaftsleistung werden mit Leistungsbilanzüberschüssen verdient (Abb. 18414). Und wieder wird das Potenzial der in Deutschland Abgehängten und Unzufriedenen weiter steigen, wenn der Export und damit die gesamte Volkswirtschaft einbrechen. Nicht viel Phantasie gehört dazu, sich eine solche Entwicklung nach Trumps Wahlsieg auszumalen.



Nun kann man nur beten, daß die Eliten die Warnsignale begreifen, bevor große Teile ihrer Wähler in die national-konservative Ecke übergelaufen sind. In Großbritannien hat das nach dem Brexit-Schock nun endlich der Labour-Chef Jeremy Corbyn begriffen. In einem kürzlichen Interview zu den Globalisierungsängsten der Amerikaner und Trumps Protektionismus befragt, sagte er, der Handel müsse fair sein und dürfe sich nicht nur an den niedrigsten Kosten orientieren, sondern müsse die Arbeits-, Sozial- und Umweltbedingungen mitberücksichtigen. In dem gleichen BBC-Programm erklärte übrigens Marine Le Pen, deren Chancen nach dem Trump-Sieg nun ebenfalls steigen, sie wolle in einer multipolaren Welt ein Europa unabhängiger Staaten, die miteinander durch Abkommen wie beim Airbusprogramm verbunden seien - eine für den Autor dieses Rundbriefs entlarvend irrealer oder gar naive Vorstellung einer Welt zwischen Trumps USA, Putins Rußland und der chinesischen Parteidiktatur. Europa zurück in die 30er Jahre?

\* \* \* \* \*

P.S.: Bitte Rundbrief [hier](#) bewerten (eine für mich wichtige Orientierungshilfe).

